

Aargau: Fehlen bald 160 Millionen?

Wegen düsterer Aussichten sinkt die Chance weiter, dass die Nationalbank im Jahr 2023 Gewinn ausschütten kann.

Mathias Küng

Vor drei Monaten thematisierten wir an dieser Stelle die Frage, ob der Aargau aufgrund des hohen Halbjahresverlusts der Schweizerischen Nationalbank (SNB) für 2023 überhaupt eine Gewinnausschüttung budgetieren soll. Die Regierung senkte die Erwartung im Budget 2023 damals von einer vier- auf eine dreifache Gewinnausschüttung (vgl. Grafik).

Nun besagt die neuste Schätzung der UBS laut «Tages-Anzeiger», der Verlust der Nationalbank betrage mittlerweile rund 145 Milliarden Franken. Natürlich wird am 31. Dezember abgerechnet, aber beim Blick auf die politische Grosswetterlage fällt es schwer zu glauben, dass sich die Situation bis dann spürbar verbessern könnte.

GLP: Von der SNB gibt es wohl 2023 und 2024 nichts

Deshalb verlangen jetzt die Aargauer Grünliberalen vom Regierungsrat, beim Budget 2023 und auch gleich beim Aufgaben- und Finanzplan 2023 bis 2026 über die Bücher zu gehen. Denn darin rechnet der Kanton bis 2026 mit SNB-Ausschüttungen von gesamthaft rund 535 Millionen Franken.

GLP-Präsident Philippe Kühni sagt: «Das ist völlig unrealistisch. Aufgrund der enormen Verwerfungen an den Märkten und mit Blick auf die sehr schwierige internationale Lage infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine darf man nicht nur nächstes, sondern auch übernächstes Jahr, vielleicht sogar noch länger, nicht mit einer SNB-Ausschüttung rechnen.»

Im aktuellen Finanzplan erwarte der Aargau ein kumuliertes Defizit bis 2026 von rund 800 Millionen, «wobei hier bereits 535 Millionen der Nationalbank enthalten sind», wie die GLP schreibt. Somit müsse aufgrund der oben ausgeführten Ef-



Der Rekordverlust der Nationalbank bringt düstere Aussichten für die Kantone. Bild: Michael Buholzer/Key

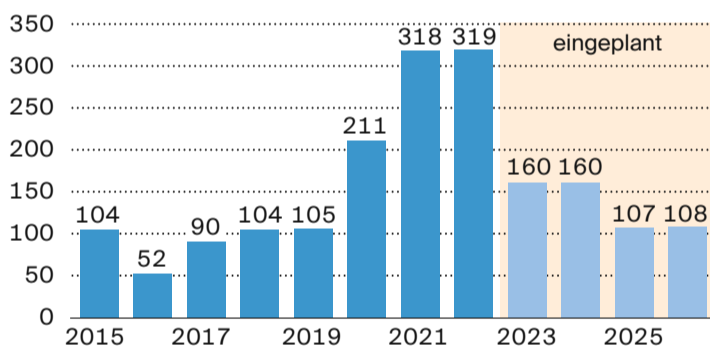
fekte bis 2026 mit einer Lücke von deutlich über 1 Milliarde Franken gerechnet werden, was selbst die mit über 700 Millionen Franken prallgefüllte Ausgleichsreserve bei weitem übersteige.

Kühni befürchtet, dass auch die Steuererträge von natürlichen Personen und Firmen in den kommenden Jahren aufgrund der konjunkturellen Eintrübung tiefer als erwartet und soziale Folgekosten höher ausfallen könnten, was Budget und Finanzplan zusätzlich belasten würde. Er sieht kurzfristig zwei Möglichkeiten zu handeln: «Wir müssen Geld aus der Strassenkasse nehmen und dafür einige Strassenprojekte verschieben. Und es können nicht alle Mehreinnahmen aufgrund der Gebäudeneuschätzungen per 2024 an die Bevölkerung zurückgegeben werden.»

Gegen Streichungsversuche von Zukunftsprojekten, Massnahmen für die Energiewende und den Klimaschutz sowie die

SNB-Ausschüttungen an den Kanton Aargau

Effektive (bis 2022) und eingeplante (ab 2023) Ausschüttungen, in Millionen Franken



Die Ausschüttungen erfolgen jeweils im Folgejahr. Die Ausschüttung für 2022 an den Aargau stammt aus dem erfolgreichen Geschäftsjahr 2021 der Nationalbank.

Quelle: Kanton Aargau/AZ; Grafik: jbr, trs

Biodiversität würde sich die GLP vehement wehren, so Kühni.

Flach: Bundessparbudget wird auch Kantone treffen

Es bleibe nichts übrig, als das kantonale Budget und auch den Finanzplan zu korrigieren, ist auch GLP-Nationalrat Beat

Flach überzeugt: «Der Bund bringt für 2023 ein Sparbudget, das wird auch die Kantone negativ betreffen.» Es sei fahrlässig, im Budget mit hohen SNB-Ausschüttungen zu rechnen. Flach warnt zudem, es sei nicht Aufgabe der SNB, die Kantone zu finanzieren: «Ihre Aufgabe ist, die

Geldwertstabilität sicherzustellen, das macht sie gut.»

FDP: 2023 ohne SNB, das verkraftet der Kanton

FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker hat schon vor drei Monaten empfohlen, für 2023 keine SNB-Ausschüttung zu erwarten. Darin sieht er sich jetzt bestätigt und empfiehlt, «diese knapp 160 Millionen Franken aus dem Budget 2023 hinauszunehmen, wenn die Situation Ende November noch genauso schlecht sein sollte wie jetzt». Insgesamt sieht er aber bei weitem nicht so schwarz wie die GLP: «Das daraus resultierende höhere Defizit könnte der Aargau verkraften. Immerhin liegen in seiner prall gefüllten Ausgleichsreserve 720 Millionen Franken bereit.»

Auch beim Finanzplan würde Hilfiker nicht zu stark eingreifen: «Alles genau anzuschauen, ist unsere Aufgabe als Grosser Rat. Zu bedenken ist aber, dass der Devisenmarkt sehr volatil ist. In einem Jahr kann es wieder ganz anders aussehen. Wir haben eine Inflation, aber immer noch Wachstum.» Gegen das Abzweigen von Geldern aus der Strassenkasse würde er sich vehement wehren: «Es ist eine zweckgebundene Kasse, eine Plünderung für einen anderen Zweck wäre unglaublich.»

Auch bleibt für ihn klar, «dass die ab 2024 anfallenden Mehreinnahmen des Staates infolge höherer Schätzungswerte vollumfänglich an die Menschen zurückgegeben werden müssen». Die Mehreinnahmen und die Rückgabe an die Bevölkerung sollten im selben Jahr passieren. Falls das nicht 2024 schon geht, dann halt 2025. Derzeit kommen so viele Mehrkosten auf die Leute zu, dass es gar nicht schlecht wäre, wenn die Schätzungsmehrkosten erst 2025 anfielen, so Hilfiker: «Die Bevölkerung und Unternehmen dürfen nicht mit höheren Gebühren oder Steuern belastet werden.»

Susanne Hochuli hatte Brustkrebs

Schockdiagnose Vor zwei Jahren wurde bei der ehemaligen Regierungsrätin Susanne Hochuli (Grüne) Brustkrebs diagnostiziert. Die 57-jährige sagt bei Tele M1, dass sie sich damals gesund gefühlt habe. Die Kontrolle sei nur altersbedingt von ihrer Ärztin empfohlen worden.



Weil der Brustkrebs früh entdeckt wurde, musste Susanne Hochuli nicht mit Bestrahlung oder Chemotherapie behandelt werden. Ein paar Wochen nach der Diagnose wurde ihr allerdings eine Brust entfernt. Sie habe sich wie ein Kalb gefühlt, das zum Metzger gebracht wird, sagt Hochuli bei Tele M1.

Bei der Behandlung seien vor allem die kompetenten Ärztinnen und Ärzte wichtig gewesen. Heute gehe es ihr wieder gut und sie denke nicht jeden Tag über Krebs nach. Trotzdem sei es wichtig, in der Öffentlichkeit den Diskurs zu führen, damit betroffene Personen zu den richtigen Informationen gelangen, sagt Hochuli. (fan)

Nachrichten

Autounfall fordert drei teils schwer Verletzte

Sisseln Am Freitag sind bei einer Einmündung ausserhalb des Dorfes zwei Autos zusammengestoßen. Der 82-jährige Lenker eines Nissan hatte das Vortrittsrecht eines Hyundai missachtet. Der 65-jährige Fahrer des Hyundai und seine gleichaltrige Beifahrerin wurden schwer verletzt. Verletzt wurde auch der 82-jährige. (az)

Auf Fussängerstreifen von einem Auto erfasst

Zofingen Auf einem Fussgängerstreifen ist am Donnerstag gegen 16.45 Uhr ein Auto in eine Fussgängerin geprallt. Die 16-jährige wurde leicht verletzt, als sie von der Mittelinsel aus loslief. Nach dem Unfall soll das Auto kurz gehalten haben, dann aber weitergefahren sein. Die Polizei sucht das weisse Unfallauto und Zeugen. (az)

Neuliker prallte gegen eine Böschung

Auenstein Ein 20-jähriger Neuliker hat am Donnerstagabend ausserhalb von Auenstein die Kontrolle über seinen Wagen verloren und ist in die Böschung gekracht. Fahrer und Beifahrerin wurden nicht verletzt. Am Wagen, einem älteren BMW, entstand Totalschaden. (az)

Mann schläft am Steuer ein und rammt Lampe

Kaiseraugst Ein 70-jähriger ist auf der Landstrasse am Steuer eingeschlafen, hat die Kontrolle über sein Auto verloren und einen Kandelaber gerammt. Verletzt wurde beim Unfall am Donnerstag niemand, das Auto erlitt Totalschaden, die Strassenlampe wurde demoliert. Die Polizei nahm dem Mann den Führerausweis vorläufig ab. (az)

Ausgleichsreserve kompensiert fehlende Ausschüttung

Reaktion Der Regierungsrat werde – wie schon im August angekündigt – im Hinblick auf die Finanzplan-Beratung im Grossen Rat eine Neubeurteilung der Planung zu den SNB-Ausschüttungen vornehmen und dabei auch das Ergebnis des dritten Quartals berücksichtigen. Das sagt Finanzdirektor Markus Dieth zur aktuellen Situation: «Die Wahrscheinlichkeit, dass die SNB 2023 keine Ausschüttungen an den Bund und die Kantone vornehmen kann, hat nochmals zugenommen.»

Das Jahresergebnis der SNB hänge von der weiteren Entwicklung der Finanzmärkte im vierten Quartal ab. Nochmals der Finanzdirektor: «Sollte rund ein Drittel des bisherigen Jahresverlustes im letzten Quartal wettgemacht werden können,

wäre die Ausschüttung des Grundbeitrags in Form einer zweifachen Ausschüttung möglich.» Der Regierungsrat werde das Ergebnis seiner Beurteilung dem Grossen Rat auf die Budgetdebatte hin vorlegen.

Dieth: Keine überstürzten Massnahmen ergreifen

Aber wären nicht Massnahmen nötig, weil ohne Nationalbank-Geld 2023 ein grösseres Defizit drohen würde? Die Ausgleichsreserve sei nicht zweckgebunden und diene dem Ausgleich von allfälligen Defiziten, betont Markus Dieth zu dieser Frage. Dank der vorausschauenden Finanzpolitik der letzten Jahre und der Öffnung der Ausgleichsreserve müssten im Budget 2023 nicht überstürzte Massnahmen ergriffen werden.

«Dank der vorausschauenden Finanzpolitik und der Öffnung der Ausgleichsreserve müssen im Budget nicht überstürzte Massnahmen ergriffen werden.»



Markus Dieth
Finanzdirektor

Die Ausgleichsreserve wirke in der aktuellen Phase der grossen Unsicherheit und der hohen Volatilität stabilisierend und erlaube es, die Aufgaben und Leistungen des Kantons weiter zu erfüllen. Der Regierungsrat beobachte und analysiere die finanzpolitische Lage laufend und genau, sagt Dieth weiter.

Das primäre finanzpolitische Ziel bestehe weiterhin darin, den Finanzhaushalt auf Dauer ausgeglichen zu gestalten. Aber, so Markus Dieth: «Zurzeit wird der Finanzhaushalt durch verschiedene, aussergewöhnliche negative Sondereffekte (Ukraine-Krieg, Energiemangellage, Inflation) belastet. Der Regierungsrat wird rechtzeitig die zur nachhaltigen Stabilisierung notwendigen Massnahmen erarbeiten und ergreifen.»

Eine Motion aus dem Nationalrat will die Ausschüttungsvereinbarung neu aushandeln. Was hält Dieth davon? Die aktuelle Vereinbarung sei im Grundsatz eine gute Sache: «Es zeigt sich aber, dass sie in Zeiten hoher Verwerfungen an den Finanzmärkten ihr Ziel der Glättung der Ausschüttungen nicht erreichen kann. Für die Kantone wird die Finanzplanung immer anspruchsvoller und komplexer.»

Für den Aargau seien jährliche Ausschüttungen von 0 bis 318 Millionen Franken möglich.» Diese sehr grosse Bandbreite sei für eine stabile und verlässliche Finanzplanung sehr hoch. Überlegungen, die dem Ziel einer besseren Glättung und Verstärkung der Ausschüttungen dienen, «sind sicher prüfenswert». (mku)